

Abg. Tendler führte aus, der Antrag könne sowohl ein Beitrag für den Klimaschutz als auch Dank und Anreiz für alle Mitarbeiter der freiwilligen Feuerwehr und ehrenamtlichen Rettungsdienste sein. Es sei auch deshalb ein aktuelles Thema, weil Soldatinnen und Soldaten in Uniform ab dem 01.01.2020 alle Züge der DB kostenfrei nutzen können. In 10 Jahren würde dieser Antrag aller Wahrscheinlichkeit nach überflüssig sein, weil dann der gesamte ÖPNV kostenfrei angeboten werde.

Abg. Kemper betonte, seine Fraktion setze sich schon lange für den kostenlosen ÖPNV ein. Er beantrage deshalb, den Antrag auf alle Mitarbeiter der gemeinnützigen Vereine und Organisationen auszuweiten.

Abg. Krauß dankte für den Antrag. Er gebe Gelegenheit das ehrenamtliche Engagement grundsätzlich zu würdigen. In der Begründung werden Ursachen dafür genannt, warum immer weniger Menschen bereit seien, eine solche ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen. Daran könne aber auch ein kostenloser ÖPNV nichts ändern. Seine Fraktion sei – unabhängig von den Schwierigkeiten der Umsetzung (Kriterienkatalog, nicht genau zu definierende Nutzergruppe) – der festen Überzeugung, dass die Wertschätzung nicht an einem kostenlosen ÖPNV-Ticket festgemacht werden könne. Vielmehr müsse den ehrenamtlich Tätigen wieder mehr Respekt entgegengebracht werden und bei den Arbeitgebern wieder mehr die Bereitschaft gefördert werden, ihre Arbeitnehmer/ -innen für ehrenamtliche Tätigkeiten freizustellen. In der Verwaltungsvorlage sei treffend dargestellt, warum eine Bevorzugung ausgewählter Gruppen nicht vorgenommen werden sollte. Dem schließe sich seine Fraktion an. An Herrn Abg. Tendler gewandt bemerkte er abschließend, Grundvoraussetzung für einen kostenfreien ÖPNV sei die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur.

Abg. Dr. Kuhlmann betonte ebenfalls, Ehrenamtliche verdienen sicherlich eine besondere Wertschätzung und es sollten auch Anreize für die Übernahme eines Ehrenamtes geschaffen werden. Er bezweifle aber, ob ein kostenloses ÖPNV-Ticket der richtige Ansatz sei, um mehr freiwillige Feuerwehrleute zu gewinnen. Nach seinen Erfahrungen wolle die freiwillige Feuerwehr eher eine bessere technische Ausrüstung und die Freistellungsmöglichkeiten im Beruf sollten verbessert werden. Außerdem gab er zu bedenken, dass eine Bevorzugung einer ausgewählten Gruppe auch Anfragen anderer Organisationen nach sich ziehen würde. Vorstellen könne er sich dagegen vergünstigte Job-Tickets für Ehrenamtler.

SkB Schroerlücke sah Probleme bei der gerechten Durchführung einer kostenlosen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für ausgewählte Gruppen. Außerdem würden alle tariflichen Regelungen beim VRS getroffen. Insofern sollte man es bei den Erläuterungen der Verwaltung belassen.

SkB Kiri entgegnete, man solle sich nicht an Details aufhalten oder hohe Kosten anführen. Wenn man die ehrenamtliche Tätigkeit tatsächlich aus kommunalen Haushalten bezahlen müsste, dann wäre das wesentlich teurer als ein kostenloses ÖPNV-Ticket. Man sollte daher nicht nur Worte des Dankes finden, sondern der freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten auch eine spürbare Wertschätzung zukommen lassen. Er schlage vor, heute über den Antrag abzustimmen. Details könnten dann immer noch geklärt werden.

SkB Kurth schloss sich den Erläuterungen der Verwaltung an.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, wies darauf hin, dass die finanzielle Zuständigkeit nicht beim Kreis, sondern beim VRS und den Kommunen liege, ließ aber auf Wunsch des Antragstellers über den Antrag abstimmen und zwar zunächst über den erweiterten Antrag des Abg. Kemper

und anschließend über den Antrag der SPD-Fraktion.